



Böhmische Exklaven in Sachsen 1635 bis 1849

Matthias Donath

Die mittelalterlichen Herrschaftsgebiete stellten oftmals keine geschlossenen Territorien dar, sondern konnten mehrere, nicht miteinander verbundene Teilgebiete umfassen, darunter auch Exklaven, die ausschließlich über fremdes Gebiet zu erreichen waren. Umgekehrt war es möglich, dass Teilgebiete bestimmter Herrschaften vollständig von anderen Herrschaften umgeben waren, was man als Enklaven bezeichnet. Mit der Entstehung der frühneuzeitlichen Territorialstaaten wurde versucht, geschlossene Territorien möglichst ohne Ex- und Enklaven auszubilden. Zwischen dem Kurfürstentum Sachsen und dem Königreich Böhmen gelang dies auf dem Fürstentag zu Eger 1459.¹ Dabei wurde eine Grenzlinie entlang des Erzgebirgskamms vereinbart, die noch heute gilt. Es handelt sich um eine der ältesten und stabilsten Grenzen Europas.

Diese Einigung betraf aber nicht das Markgraftum Oberlausitz, das bis 1635 außerhalb des

Herrschaftsgebiets der Wettiner lag. Die Oberlausitz war eines der Länder der böhmischen Krone, und diese gemeinsame Zugehörigkeit zu Böhmen machte es nicht erforderlich, die Frage der Exklaven zu regeln. Dies änderte sich erst mit der Übertragung der Markgraftümer Ober- und Niederlausitz als böhmische Lehen an Kurfürst Johann Georg I. von Sachsen (1585–1656), die im Prager Frieden von 1635 vereinbart wurde. Seitdem waren die böhmischen Exklaven innerhalb der Oberlausitz vollständig von sächsischem Territorium umgeben. Die politische Grenze war partiell auch eine Konfessionsgrenze, da in Böhmen die Gegenreformation durchgesetzt wurde, während in der Oberlausitz die Konfessionsverhältnisse gemäß dem Traditionsrezeß nicht geändert werden durften. Zudem waren die Exklaven isoliert, weil ihre Grenzen zugleich Zollgrenzen darstellten.

Innerhalb des Markgraftums Oberlausitz lagen vier böhmische Exklaven. Dabei handelte es

Günthersdorf nördlich von Lauban war die nördlichste Exklave des Königreichs Böhmen. Ausschnitt aus der Oberlausitz-Karte von Johann Georg Schreiber, 1732.
© ZKG

1 Vgl. André Thieme/Uwe Tresp (Hrsg.): Eger 1459. Fürstentreffen zwischen Sachsen, Böhmen und ihren Nachbarn: Dynastische Politik, fürstliche Repräsentation und kulturelle Verflechtung. Cheb 1459 – Setkání panovníků Saska, Čech a jejich sousedů: dynastická politika, panovnícká reprezentace a kulturní vazby. Dóřel 2011.

- 2 Abgedruckt u. a. in: Johann Ludwig Klüber (Hrsg.): Quellen-Sammlung zu dem Öffentlichen Recht des Teutschen Bundes. Erlangen 1830, S. 29.
- 3 Abgedruckt u. a. in: Provinzial-Gesetzessammlung des Königreichs Böhmen für das Jahr 1848. Prag 1849, S. 408-468.
- 4 Zur Eingliederung der böhmischen Exklaven und den langwierigen Verhandlungen hierzu vgl. Maik Jährig: Die Geschichte der Enklave Niederleutersdorf (1635 – 1849) unter Einbeziehung alltagsgeschichtlicher Aspekte der Grenzregion Sachsen – Böhmen in der südlichen Oberlausitz. Wissenschaftliche Hausarbeit an der TU Dresden, Institut für Geschichte. Dresden 1995 (Ein Exemplar dieser Hausarbeit befindet sich in der SLUB Dresden).
- 5 Vgl. Franz Adolf Stoy: Geschichte der Stadt Schirgiswalde. Schirgiswalde 1895, S. 2-7; Theodor Schütze: Um Schirgiswalde und Bautzen. Ergebnisse heimatkundlicher Bestandsaufnahme im Gebiet von Bautzen und Schirgiswalde zwischen Österreich und Sachsen von 1809 bis 1845. 2. Auflage Görlitz/Zittau 2000; Rolf Vieweg: Die scheinbare staatliche Unabhängigkeit und Selbständigkeit von Schirgiswalde in der Zeit von 1809 bis 1845. In: Oberlausitzer Heimatblätter Heft 5 (2005), S. 55-58, Heft 6 (2005), S. 2-16.

sich um zwei geschlossene Ortschaften, nämlich Schirgiswalde (heute Ortsteil der Stadt Schirgiswalde-Kirschau, Landkreis Bautzen) und Günthersdorf (heute Godzieszów, Kreis Bolesławiec, Polen), sowie um zwei Dorfteile inmitten größerer Dörfer, nämlich Niederleutersdorf (heute Teil von Leutersdorf, Landkreis Görlitz) und Niedergerlachsheim im Winkel (heute Teil von Grabiszyce, Kreis Lubań, Polen). In diesem Zusammenhang sind außerdem zwei Grenzdörfer zu betrachten, die in böhmische und sächsische Besitzanteile zerfielen: Ullersdorf (heute Kopačzów, Polen, und Oldřichov na Hranicích, Tschechien) sowie Weigsdorf (nach 1945 Wigancice Żytawskie, Polen, heute devastiert, und Višňová, Tschechien). Beide Orte bestanden aus sächsischen und böhmischen Flurstücken, die so ineinander verschränkt waren, dass sich weit ausgreifende Flurstreifen, die nur partiell Berührung mit dem Binnenland hatten, miteinander abwechselten. In Weigsdorf bestanden zudem wechselseitige Exklaven und Enklaven.

Die Einwohner der böhmischen Exklaven waren im 16. Jahrhundert – wie auch die Bewohner der Oberlausitzer Nachbardörfer – zum lutherischen Glauben übergetreten. Das bedeutet, dass in den Pfarrkirchen der genannten Orte der evangelische Gottesdienst eingeführt worden war. Eine Rekatholisierung der Einwohner der böhmischen Exklaven gelang nur, wenn die Pfarrkirche auf böhmischem Gebiet stand. Das betraf Schirgiswalde und Günthersdorf, die sich zu römisch-katholischen Inseln inmitten der mehrheitlich lutherischen Oberlausitz entwickelten. In Leutersdorf, Gerlachsheim, Ullersdorf und Weigsdorf stand die Pfarrkirche auf sächsischem Gebiet, was eine Rekatholisierung verhinderte. Die Einwohner dieser böhmischen Gebiete blieben demzufolge mehrheitlich Lutheraner. Die böhmischen Lehnsherren versuchten zwar, sie am Besuch der im Ausland liegenden evangelisch-lutherischen Pfarrkirche zu hindern, konnten aber die grenzübergreifenden Parochien nicht eigenmächtig beseitigen. Neu-leutersdorf, ein Teil von Niederleutersdorf, entwickelte sich durch Ansiedlung katholischer Zuwanderer aus dem böhmischen Binnenland zu einer katholischen Ortschaft.

Die Exklaven wurden im 19. Jahrhundert aus der böhmischen Herrschaft entlassen. Dieser Prozess begann in den Napoleonischen Kriegen und fand erst 1849 seinen Abschluss. Nach dem Sieg Napoleons über Österreich wurde am 12. Juli 1809 der Waffenstillstand von Znaim vereinbart und am 14. Oktober 1809 der Friede von Schönbrunn geschlossen. Er verpflichtete den österreichischen Kaiser, seine böhmischen Exklaven an Sachsen abzutreten, während wei-

tergehende Gebietsabtretungen, die von sächsischer Seite gewünscht waren, in den Verhandlungen nicht durchgesetzt werden konnten. Die Gespräche über die formelle Übergabe der böhmischen Gebiete an Sachsen scheiterten, so dass diese Gebietsteile auf dem Wiener Kongress als Bestandteile des Königreichs Böhmen angesehen wurden. Die Abtretung großer Teile der Oberlausitz an den König von Preußen gemäß dem Frieden von Pressburg, den König Friedrich August I. von Sachsen (1750–1827) unterzeichnen musste, betraf auch jenen Landesteil zwischen Neiße und Queis, in dem die Exklaven Günthersdorf und Niedergerlachsheim im Winkel lagen. Daher regelte die Schlussakte des Wiener Kongresses vom 9. Juni 1815 im Paragraph 18 die Übergabe von „Guntersdorf, Taubenschaenke, Neukretschen“ sowie „Nieder-Gerlachsheim, Winkel et Ginkel“ vom Königreich Böhmen an das Königreich Preußen.² Zum 25. Mai 1818 wurde in diesen Ortschaften das böhmische Recht aufgehoben und die preußische Rechtsordnung eingeführt. Die anderen Exklaven waren weiterhin von sächsischem Gebiet umgeben, aber 1809 nicht formell in sächsische Hoheit übergegangen. Österreich und Sachsen strebten für diese Orte grundsätzlich eine Bereinigung durch einen Austausch von Exklaven an. Jedoch stockten die Verhandlungen. Dadurch entstand in Niederleutersdorf wie auch in Schirgiswalde praktisch ein rechtsfreier Raum, weil die Zugehörigkeit zu Sachsen oder Böhmen ungeklärt war. Hinzu kam, dass die österreichischen Behörden lange anzweifelten, dass Niederleutersdorfs eine von Böhmen getrennte Exklave sei. Die von Sachsen angetrebte Eingliederung der Enklaven in den 1834 gegründeten Deutschen Zollverein erzwang eine Wiederaufnahme der Verhandlungen. Schirgiswalde wurde zum 4. Juli 1845 an das Königreich Sachsen abgetreten. Damit war noch das Schicksal der Exklave Niederleutersdorf wie auch der Umgang mit den zersplitterten Dorfanteilen in Weigsdorf und Ullersdorf zu klären. Am 11. September 1845 einigten sich die Vertreter beider Nachbarstaaten auf eine Grenzregulierung mit gegenseitigem Gebietsaustausch in Weigsdorf und Ullersdorf. Doch die österreichische Seite verweigerte die Ratifizierung, so dass wieder Jahre verstrichen. Erst am 5. März 1848 kam es zum Abschluss des „Haupt-Gränz und Territorial-Rezesses“ zwischen Sachsen und Österreich.³ Die Übergabe von Niederleutersdorf und der Gebietsaustausch in Weigsdorf und Ullersdorf erfolgte am 12. März 1849.⁴

Die Orte östlich der Oder-Neiße-Linie gelangten 1945 an Polen. Es folgten die vollständige



Blick auf Schirgiswalde mit der katholischen Kirche
© Wikimedia (Jwaller)

Vertreibung der deutschen Bevölkerung und eine polnische Neubesiedlung. Durch diese Zäsur ist das Wissen um die ehemals zu Böhmen gehörenden Gebiete weitgehend aus dem Gedächtnis verschwunden. Lediglich in Schirgiswalde wird die böhmische Vergangenheit bis heute selbstbewusst betont.

Nachfolgend werden die Orte nach ihrer geografischen Lage von West nach Ost beschrieben. Der Überblick verweist auf die grundlegende Literatur zur Orts- und Herrschaftsgeschichte, da eine vollständige Beschreibung der Besitz- und Herrschaftsverhältnisse hier nicht geleistet werden kann.

Schirgiswalde

Die Exklave Schirgiswalde war vom kursächsischen Amt Stolpen sowie von mehreren Dörfern umgeben, die zum Markgraftum Oberlausitz gehörten und teils dem Domstift St. Petri zu Bautzen, teils den Rittergütern in Sohland und Crostau unterstanden. Die in mehrere Herrschaftsteile zersplitterte Gemarkung Sohland/Spree trennte Schirgiswalde von der nahen Herrschaft Rumburg (Rumburk) im Königreich Böhmen. Vermutlich seit der Gründung war der Ort, der erst 1376 namentlich bezeugt ist, mit Böhmen verbunden.⁵ Es erscheint plausibel, dass Schirgiswalde während der Kolonisation, die von Böhmen her erfolgte, im 13. Jahrhundert gegründet wurde und Teil des ausgreifen-



Ausschnitt aus der Oberlausitz-Karte von Johann Georg Schreiber, 1749. Südlich von Bautzen liegen nahe der Grenze die böhmischen Exklaven Schirgiswalde und Niederleutersdorf (rote Kreise). Schirgiswalde ist so eingetragen, als gäbe es eine geschlossene Landverbindung zu Böhmen. Das war nicht der Fall, denn Sohland im Markgraftum Oberlausitz trennte die Exklave vom böhmischen Binnenland.
© ZKG

den Herrschaftsgebiets der Herren zu Wartenberg im böhmischen Niederland war. Teile des Wartemberger Lands, darunter Schirgiswalde, waren an Vasallen verlehnt. Im 14. Jahrhundert gingen große Teile des Territoriums mit der Burg Tollenstein (Tolštejn), die der Herrschaft Tollenstein ihren Namen gab, an das bedeutende böhmische Geschlecht Berka von Duba über. Nach mehreren Herrschaftswechseln erwarben Kurfürst Ernst (1441–1486) und Herzog Albrecht von Sachsen (1443–1500) 1471 die böhmische Herrschaft Tollenstein. Sie verkauften jedoch diesen nordböhmischen Besitz, darunter Schirgiswalde, 1481 an den sächsischen Obermarschall Hugold von Schleinitz

- 6 Walter von Boetticher: Geschichte des Oberlausitzischen Adels und seiner Güter 1635-1815. Bd. 3. Oberlösnitz 1919, S. 420.
- 7 Stoy 1895 (wie Anm. 5), S. 8; Schütze 1967, S. 186.
- 8 Stoy 1895 (wie Anm. 5), S. 8, 10-13.
- 9 Wilhelm Pfeifer: Das Fürstenhaus Liechtenstein in Nordböhmen. Backnang 1984, S. 64-69.
- 10 Stoy 1895 (wie Anm. 5), S. 14.
- 11 Vgl. die ausführliche Darstellung in Stoy 1895 (wie Anm. 5), S. 22-26.
- 12 Aktiv für Ortsgeschichte: Eine unentbehrliche Geschichtsquelle. II. Böhmisches-Niederleutersdorf. In: Ortsspiegel für die Gemeinden Seifhennersdorf, Leutersdorf, Spitzkunnersdorf 14 (1968), Heft 3, S. 15-18; Jährig 1995 (wie Anm. 4).
- 13 Vgl. verschiedene Meinungen zur Teilung Leutersdorfs in Jährig 1995 (wie Anm. 4), S. 22-23.
- 14 Jährig 1995 (wie Anm. 4), S. 45.
- 15 Vgl. Jährig 1995 (wie Anm. 4), S. 39-41.
- 16 Zu den Verhandlungen zwischen 1811 und 1849 siehe Jährig 1995 (wie Anm. 4), S. 63-71.

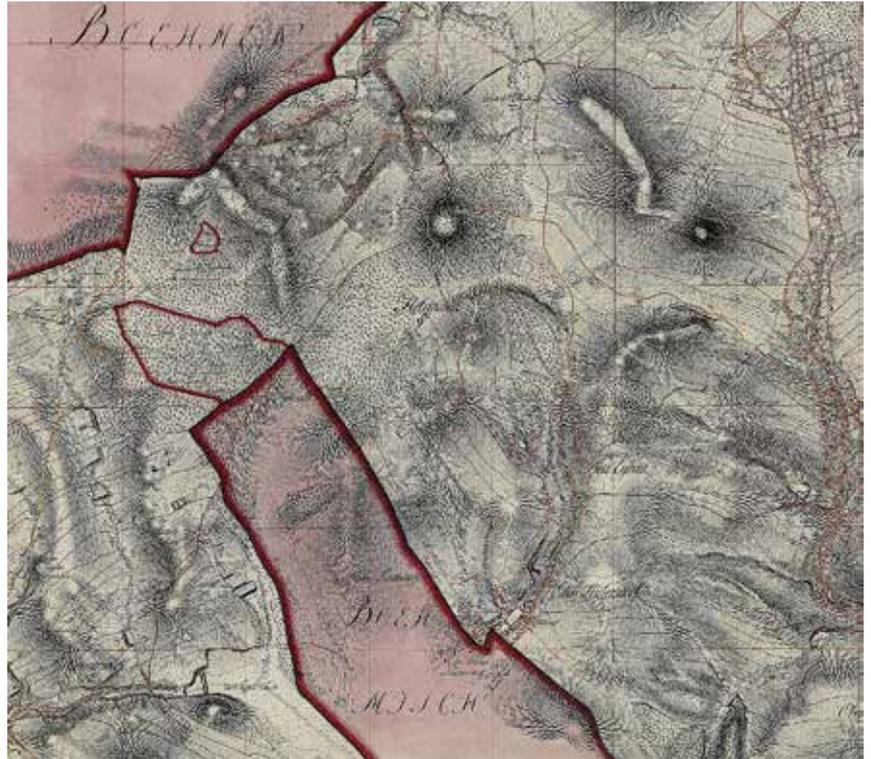
(um 1525–1490), der maßgeblichen Anteil an der Leipziger Teilung des Herrschaftsgebiets der Wettiner hatte. Er begründete das „Schleinitzer Ländchen“ in Nordböhmen. Unter Georg von Schleinitz, dem Gründer der Bergstadt St. Georgenthal (Jičetín pod Jedlovou), verbreitete sich der lutherische Glaube in Nordböhmen. 1566 zerfiel die Herrschaft Tollenstein durch Erbteilung in die Herrschaften Hainspach (Lipová), Schluckenau (Šluknov) und Rumburg mit Tollenstein. Dabei war Schirgiswalde zunächst der Herrschaft Hainspach, später der Herrschaft Rumburg zugeordnet. Der Rittersitz in Schirgiswalde gehörte nicht unmittelbar zu Tollenstein bzw. Rumburg, sondern war als Aferlehen an Mitglieder des niederen Adels vergeben. Lange saß hier die Familie von Luttitz. Durch eine Herrschaftsteilung wurde vom ältesten Rittersitz, dem Niederhof, der seit 1472/73 eigenständige Oberhof abgetrennt. Michael von Luttitz verkaufte den Oberhof 1628 an das Domstift St. Petri in Bautzen.⁶ Der Niederhof war 1473 an die Familie von Rechenberg gelangt. Die Durchführung der Gegenreformation ist mit Johann Georg Otto von Ottenfeld verbunden, der 1659 das Niedergut erwarb. Er baute die im Dreißigjährigen Krieg zerstörte Kirche wieder auf, die seit der Einführung der Reformation bis mindestens 1629 evangelische Pfarrkirche gewesen war. Um das entvölkerte Gebiet durch Ansiedlung zinspflichtiger Untertanen wiederzubeleben, gründete er 1660 auf dem Viebig westlich von Schirgiswalde den Dorfteil Neuschirgiswalde, auch Neudörfel genannt.⁷ Auf sein Betreiben erhob Kaiser Leopold I. (1640–1705) Schirgiswalde 1665 zur Stadt.⁸ Nach Ottenfelds Tod fiel Schirgiswalde 1678 an den Besitzer der Herrschaft Rumburg, Franz Eusebius Graf zu Pötting und Persing (1627–1678). Dessen nächster Verwandter Sebastian Graf von Pötting und Persing veräußerte die Herrschaft Rumburg mit dem Gut in Schirgiswalde an den Fürsten Anton Florian von und zu Liechtenstein (1656–1721) – unter Umgehung des Bautzener Domstifts, das ebenfalls an einem Erwerb interessiert war. Nach längeren Verhandlungen veräußerte der Fürst mit Kaufvertrag vom 2. Oktober 1703 das Niedergut zu Schirgiswalde an das Domstift St. Petri.⁹ Seitdem übte das katholische Domkapitel zu Bautzen die Lehnsherrschaft über die Stadt Schirgiswalde und das Patronat über die katholische Pfarrkirche aus. Das katholische Domstift garantierte, dass Schirgiswalde eine römisch-katholische Kleinstadt blieb. Ein Verkauf an einen nichtkatholischen Eigentümer wäre im Königreich Böhmen ohnehin untersagt worden. Der Oberhof wurde nach 1703 zum neuen Herrschaftssitz ausgebaut. Das Herren-

haus, auch Domstiftliches Schloss genannt, war mehr als 200 Jahre der Sommersitz des Domdekans, des höchsten katholischen Geistlichen in der Oberlausitz. Dagegen wurden die Fluren des Niederhofs um 1730 parzelliert. Dort, an der südlichen Enklavengrenze, legte das Domstift ab 1738 eine Siedlung mit 14 Kleinbauernstellen an. Diese wurde nach dem Titularheiligen des Stifts, dem heiligen Petrus, Petersbach genannt. Nach 1809 geriet Schirgiswalde in eine verfassungsrechtliche Grauzone. Zwar war der Ort mit dem Frieden von Schönbrunn 1809 an Sachsen abgetreten worden, doch hatte man die dafür erforderliche rechtsverbindliche Übergabe nie vollzogen. Faktisch übten die böhmischen Behörden seit 1809 keine oder nur noch eine lose Kontrolle über den Ort aus. Die Kriegshandlungen zwischen 1813 und 1815 verhinderten eine Einigung zwischen Sachsen und Österreich zur Gebietsabtretung. Da auch der Wiener Kongress keine Regelung zu den böhmischen Enklaven in Sachsen traf, blieb die ungeklärte Situation bestehen. Schirgiswalde war für 36 Jahre „gewissermaßen eine freie Republik“¹⁰. Die Einwohner brauchten keine Steuern zu bezahlen und mussten keinen Militärdienst leisten. Die Kleinstadt war ringsum von einer Zollgrenze umgeben. Das war für die Bewohner zunächst von Vorteil, weil Waren aus dem Ausland zollfrei eingeführt werden durften und erst bei der Ausfuhr von Böhmen nach Sachsen mit Zoll belegt wurden. Dies umgingen die Bewohner, indem sie Güter in großem Umfang nach Sachsen schmuggelten. Mit dem Anschluss der Enklave an den Deutschen Zollverein wurde dieses Schmuggelgeschäft 1834 beendet. Das Handwerk blühte, weil von Lehrlingen und Meistern eine deutlich niedrigere Gebühr für die Aufnahme in die Innungen gefordert wurde, als das bei den Zünften in Sachsen und Preußen der Fall war. Das 1839 neu erbaute Amtshaus für den Justitiar aus Schluckenau verdeutlichte die noch immer bestehende Bindung an das Königreich Böhmen. Die Übergabe an das Königreich Sachsen erfolgte am 4. Juli 1845 im Herrenhaus des Domstifts St. Petri.¹¹ Josef Ritter von Klezansky, Kreishauptmann von Leitmeritz, übergab Schirgiswalde mit Neuschirgiswalde und Petersbach an Eduard von Könneritz (1802–1875), den Kreisdirektor in Bautzen. Damit erfolgte eine vollständige Inkorporation in den sächsischen Staat; die lehns- und verfassungsrechtlichen Bindungen an die Krone Böhmens erloschen.

Niederleutersdorf

Der südliche Teil des Dorfes Leutersdorf, gelegen zwischen Rumburg und Zittau, bildete die

Exklave Böhmisches-Niederleutersdorf.¹² Diese war ringsum von den Gemarkungen Oberleutersdorf, Spitzkunnersdorf und Seifhennersdorf umgeben, die zum Markgraftum Oberlausitz gehörten. Allerdings war die böhmische Grenze sehr nahe: im Westen lag Rumburg nur rund einen Kilometer entfernt, und im Süden waren es an der engsten Stelle rund zwei Kilometer bis Warnsdorf (Varnsdorf). Die Pfarrkirche stand auf der Oberlausitzer Seite dicht an der Grenzlinie, die den Ort teilte. Bei der Gründung, wohl im 13. Jahrhundert, war der nach einem Liutger oder Leut(g)er benannte Ort noch nicht geteilt. Er gehörte anfangs zur Herrschaft Seidenberg-Friedland, die Anteile sowohl in der Oberlausitz als auch in Böhmen besaß. Wann die Teilung des Dorfes vollzogen wurde, lässt sich nicht genau klären. Vermutlich geschah das im letzten Drittel des 15. Jahrhunderts, als die Familie von Schleinitz die Herrschaft Tollenstein erwarb.¹³ Vor 1518 ging Niederleutersdorf an Heinrich von Schleinitz über. Dieser integrierte seine Dorfhälfte in seine Herrschaft Tollenstein. Als 1566 die Herrschaft Tollenstein geteilt wurde, gelangte Niederleutersdorf zur kleineren Herrschaft Rumburg. Der hoch verschuldete Christoph von Schleinitz (gest. 1601) verkaufte Eibau und Niederleutersdorf an den Zittauer Bürgermeister Joachim von Milde (1528–1584). Über seine Tochter gelangte der Dorfanteil an die Familie von Wicke. Dabei wurde Niederleutersdorf nochmals geteilt. Beide Hälften gelangten 1636 an das Jesuitenkollegium in Gitschin (Jičín), das jedoch Niederleutersdorf bereits im folgenden Jahr an Johann Christoph Freiherr von Löbel (Löbl) (1578–1638) veräußerte, der auch die Herrschaft Rumburg in Besitz genommen hatte. Somit wurde Niederleutersdorf wieder mit der Herrschaft Rumburg vereint, die 1656 an Franz Eusebius Graf von Pötting und Persing und 1681 an das Fürstenhaus Liechtenstein gelangte. Die Herrschaftsinhaber ergriffen härteste Maßnahmen zur Rekatholisierung des Gebiets. Wer nicht den römisch-katholischen Glauben annahm, musste auswandern. Da aber Graf Pötting seine Untertanen nicht verlieren wollte, siedelte er die ausgewiesenen Lutheraner auf dem benachbarten Oberlausitzer Gebiet an, das an ihn verlehnt war. So wurde 1657 die Siedlung Neugersdorf westlich von Niederleutersdorf gegründet. Die Einwohner von Niederleutersdorf entgingen der Gegenreformation, denn sie waren nach Oberleutersdorf gepfarrt. Ihre Kirche lag auf der Oberlausitzer Seite und blieb lutherisch. Die Oberleutersdorfer Kirche war bis 1576 Filialkirche von Spitzkunnersdorf und danach Filialkirche von Eibau. Erst 1662 wurde eine eigen-



ständige Parochie gegründet. Der Kirchenpatron Heinrich Ehrhardt von Oberland achtete darauf, dass die Gemeindeglieder, die auf böhmischen Gebiet lebten, beim lutherischen Glauben blieben. Aus jedem Haus musste mindestens ein Erwachsener am Sonntagsgottesdienst teilnehmen. Wer sich nicht daran hielt, wurde mit einer Geldstrafe belegt.¹⁴

Die Fürsten von Liechtenstein erweiterten ihren Teil von Leutersdorf um weitere Dorfausbauten.¹⁵ Östlich des Dorfkerns wurde vor 1706 die Siedlung Josephsdorf gegründet. Einige Zeit später entstand der Siedlungsteil Neuwalde, der seit 1730 ein eigenes Gerichtsbuch führte. Als der Gutshof in Niederleutersdorf, der alte Herrnsitz, 1777 abbrannte, wurde das zugehörige Land parzelliert. Unter der Leitung des Rumburger Oberamtmannes wurde beiderseits der Rumburger Straße der Ort Neuleutersdorf angelegt. Die Parzellen vergab man überwiegend an Bewohner des böhmischen Niederlandes aus der Umgebung von Rumburg und Warnsdorf, die römisch-katholischer Konfession waren. Als Pfarrkirche für Neuleutersdorf diente die katholische Kirche im nahen Warnsdorf. Das „böhmische“ oder „katholische Dörfel“ Neuleutersdorf unterschied sich somit vom überwiegend lutherischen Ober- und Niederleutersdorf. Wie in den anderen Exklaven auch, schuf der Friede von Schönbrunn 1809 keine Rechtssicherheit, da er zwar Österreich zur Abtretung verpflichtete, aber die formelle Übergabe ausblieb.¹⁶ Um den Besitzanspruch Sachsens zu be-

Leutersdorf und die böhmische Exklave Niederleutersdorf (rosa unterlegt). Messtischblatt von Johann Ludwig Aster, um 1800
© SLUB Dresden, Deutsche Fotothek

17 Zur Ortsgeschichte von Oberullersdorf und Böhmisch-Ullersdorf vgl. Boetticher 1919 (wie Anm. 6), S. 457-459; Tilo Böhmer/Marita Böhmer: Im Zittauer Zipfel. Historischer Streifzug durch Reichenau und seine Umgebung. 2. Auflage Bautzen 2006, S. 98-99.

kräftigen, besetzte das sächsische Infanterieregiment „Prinz Anton“ am 11. Januar 1811 Niederleutersdorf. Auf einer Konferenz im Februar 1811 in Prag sollte die Grenzregulierung ausgehandelt werden, doch brach die österreichische Seite die Verhandlungen ab. Sie bestritt die Enklaveneigenschaft des Ortes mit der Begründung, der Neugersdorfer Wald sei böhmisches Gebiet, das aber widerrechtlich von Sachsen besetzt sei. Mit Beginn von Napoleons Russlandfeldzug, an dem sich auch sächsische Truppen beteiligen mussten, zog die sächsische Besatzung ab. Der Wiener Kongress traf keine Regelungen zum Umgang mit den Enklaven, die im verkleinerten Königreich Sachsen lagen. Danach gab es zwar immer wieder Gespräche, die aber zu keiner Lösung führten. Sachsen versuchte die Angliederung Niederleutersdorf an das Gebiet des 1834 gegründeten Deutschen Zollvereins durchzusetzen, was aber die österreichische Seite verweigerte. Das führte dazu, dass die sächsischen Behörden die Rumburger Straße für den Handel schlossen. Erst 1840 wurde die Straße wieder freigegeben, weil Österreich zugleich den Zugang zu den sächsischen Exklaven bei Weigsdorf gesperrt hatte. Die Belastung durch die an der Grenze anfallenden Zölle war für die Bewohner indes so hoch, dass kaum jemand mehr die Abgaben zahlen konnte und an den Zollstationen nur noch formell die Zölle notiert wurden, weil sie nicht mehr einzufordern waren. Erst 1843 erkannte Österreich den Enklavencharakter von Niederleutersdorf an, so dass nun konkret über einen Territoriaustausch verhandelt werden konnte. Die Abtretung Niederleutersdorfs sollte durch die Übergabe größerer Teile von Weigsdorf an den österreichischen Staat kompensiert werden. Die Verhandlungen gestalteten sich zäh; ein ausgehandelter Kompromiss wurde 1845 nicht ratifiziert. Erst am 12. März 1849 erfolgte im Niederkretscham von Niederleutersdorf die Übergabe der Exklave mit den Ortsteilen Nieder- und Neuleutersdorf, Neuwalde und Josephsdorf an Sachsen.

Die konfessionelle Teilung des Ortes ist bis heute sichtbar. Für die Katholiken wurde 1860 bis 1862 in Neuleutersdorf die katholische Pfarrkirche Mariä Himmelfahrt erbaut. Um dem nicht nachzustehen, wurde 1865 in Oberleutersdorf eine neue evangelische Kirche errichtet. Beide Gotteshäuser entwarf der Zittauer Architekt Carl August Schramm (1807–1869) in einem ähnlichen, klassizistisch geprägten Baustil. Die Zersplitterung des Ortes blieb noch lange bestehen. Erst 1907 vereinten sich Oberleutersdorf, Niederleutersdorf und Josephsdorf zu einer politischen Gemeinde. Neuleutersdorf schloss sich ihr erst 1922 an.

Ullersdorf

Das 1287 erstmals bezeugte Ullersdorf liegt südöstlich von Zittau östlich der Neiße.¹⁷ Das langgestreckte Straßendorf entstand im 13. Jahrhundert im Zuge der deutschen Kolonisation des Zittauer Landes. Bis zum 14. Jahrhundert gehörte der Ort vollständig zur Herrschaft Grafenstein (Grabštejn). Vor 1381 kam es allerdings zu einer Teilung, bei der ein Anteil, das später sächsische Oberullersdorf, in den Besitz der Herren von Bieberstein gelangten, die die Herrschaft Seidenberg-Friedland innehatten. Dabei wurde der Besitzteil in Ullersdorf der Herrschaft Seidenberg und damit dem Oberlausitzer Teil zugerechnet, während die Herrschaft Grafenstein unbestritten Teil des Königsreichs Böhmen war.

Infolge von weiteren Besitzteilungen und -neuordnungen bildete sich eine zersplitterte Dorf- flur heraus. Langgezogene Flurstreifen, die bis an die nördliche Gemarkungsgrenze nach Kleinschönau reichten, unterstanden der Herrschaft Grafenstein. Umgekehrt reichten längliche Flurstreifen der Herrschaft Seidenberg bis an die südliche Gemarkungsgrenze. Es handelt sich bei den böhmischen Flurstücken nicht um Enklaven, da die Gebietsteile unmittelbar an böhmisches Staatsgebiet angebunden waren. Aber faktisch lagen böhmische Flurstreifen mitten in einem sächsischen Dorf. Wer sich auf der Dorfstraße bewegte, passierte innerhalb eines kurzen Abschnitts mehrfach die Landesgrenze.

Die Dorfkirche lag auf der sächsischen Seite. Das bedeutete, dass die Einwohner zumindest des sächsischen Teils weiterhin der evangelisch-lutherischen Konfession angehören durften. Im böhmischen Teil wurde jedoch die Gegenreformation durchgesetzt, da man die Bewohner der böhmischen Flurstücke der katholischen Pfarrei Grottau (Hrádek nad Nisou) zugeordnet hatte.

Die Regelungen des Friedens von Schönbrunn 1809 hatten auf Ullersdorf und Weigsdorf keine



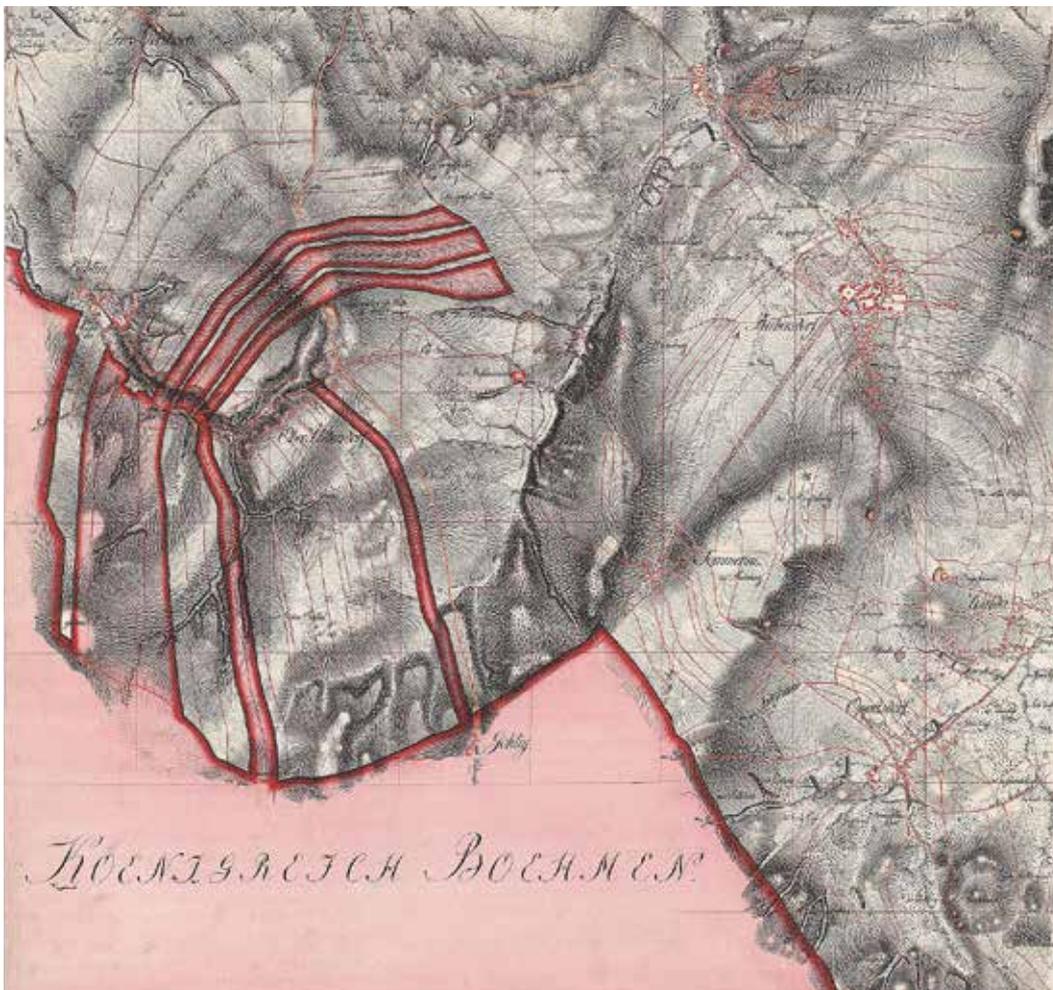
Ausschnitt aus der Oberlausitzkarte von Johann Georg Schreiber, 1749. Östlich von Görlitz und Zittau liegen die Grenzorte Ullersdorf und Weigsdorf sowie die böhmischen Exklave Niedergerlachsheim (rote Kreise). © ZKG



Blick auf Ullersdorf.
Lithographie, um 1840
© ZKG

Auswirkungen, da es sich ja nicht um Exklaven handelte. Dennoch war man sich bewusst, dass eine Grenzregulierung unter Austausch von Flurstücken sinnvoll war. Der Druck, eine Lösung zu finden, erhöhte sich durch den Beitritt Sachsens

zum 1834 gegründeten Deutschen Zollverein. Er bewirkte, dass durch den Ort mehrere Zollgrenzen verliefen und ein Transport von Waren durch das Dorf faktisch unmöglich wurde. Mit dem „Haupt-Gränz- und Territorial-Rezeß“ vom 5. März 1848



Grenzverlauf in Ullersdorf. Die rosa markierten Geländestreifen gehörten bis 1849 zu Böhmen. 1849 fielen die nördlichen Geländestreifen an Sachsen, während ein größeres Gebiet südlich des Dorfbachs an Böhmen abgetreten wurde.
© SLUB Dresden, Deutsche Fotothek



Grenze mitten im Dorfkern von Ullersdorf, heute Grenze zwischen Polen und Tschechien
© Wikimedia (Petr Vilgus)

wurde ein gegenseitiger Flächentausch vereinbart, der zum 12. März 1849 vollzogen wurde. Als Grenze wurden der Ullersbach im Niederdorf und die Dorfstraße im mittleren und oberen Teil des Ortes festgelegt. 76 Grundstücke, die südlich dieser Grenze lagen, mit insgesamt 357 Einwohnern wurden an das Königreich Böhmen abgetreten, während 34 bisher böhmische Grundstücke mit 248 Bewohnern zu Sachsen gelangten. Die sächsische Dorfhälfte nördlich der Dorfstraße mit der evangelisch-lutherischen Kirche und dem Rittergut Oberullersdorf wurde in der Gemeinde Oberullersdorf in der Amtshauptmannschaft Zittau zusammengefasst, während die südliche Dorfhälfte unter dem Namen Böhmisch-Ullersdorf zum Bezirk Reichenberg (Liberec) im Königreich Böhmen gehörte. Um konfessionellen Streit zu verhindern, hatte man im „Haupt-Gränz- und Territorial-Rezeß“ verfügt, dass die Neuböhmen der ehemals sächsischen Flurstücke zwar die österreichische Staatsangehörigkeit erhielten, aber weiter Glieder der evangelischen Kirchgemeinde des sächsischen Dorfteils blieben. Umgekehrt gehörten die böhmischen Katholiken, die sächsische Staatsbürger geworden waren, weiterhin der katholischen Pfarrei Grottau an.

Die Grenze zwischen den Dorfhälften war zwar eine Staatsgrenze, aber beide Ortsteile blieben aufeinander bezogen und es bestanden enge wirtschaftliche wie familiäre Beziehungen. Das änderte sich 1918/19, als die deutsch besiedelten Gebiete Böhmens gegen den Willen ihrer Bewohner in die neu gegründete Tschechoslowakei gezwungen wurden. Erst jetzt wurde die mitten durch das Dorf laufende Grenze ein wirkliches Hindernis. Die Dorfstraße galt als „neutrale Straße“. Der Verkehr im Dorf wurde unter anderem dadurch behindert, dass in der Tschechoslowakei für Fahrzeuge Linksverkehr galt, im Deutschen Reich aber Rechtsverkehr. Mit der Gründung des Reichsgaus Sudetenland wurde Böhmisch-Ullersdorf dem

Deutschen Reich angeschlossen, blieb aber eine eigenständige Gemeinde. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde die deutsche Bevölkerung sowohl aus dem polnisch gewordenen Oberullersdorf (heute Kopaczów) als auch aus dem nunmehr tschechischen Böhmisch-Ullersdorf (heute Oldřichov na Hranicích) vertrieben. Die Grenze wurde nach 1945 ausgebaut, dass es sich mittlerweile um zwar benachbarte, aber rechtlich vollkommen getrennte Ortschaften handelt.

Weigsdorf

Weigsdorf¹⁸ liegt im östlichen Teil des ehemaligen Landkreises Zittau, der seit 1945 zu Polen gehört. Die Ortslage befindet sich östlich der Braunkohlengrube Turów und ist an drei Seiten von tschechischem Gebiet umgeben. Der Ort wurde wohl im 13. Jahrhundert gegründet und nach einem Wiegand genannt. Bei seiner ersten Erwähnung 1334 war er bereits in Ober- und Niederweigsdorf geteilt. Ursprünglich gehörten beide Dorfhälften zur Herrschaft Seidenberg-Friedland der Herren von Bieberstein. Als jedoch im Ergebnis des Dreißigjährigen Krieges diese Herrschaft in ihre böhmischen und Oberlausitzer Anteile getrennt wurde, blieb Niederweigsdorf bei der böhmischen Herrschaft Friedland, während Oberweigsdorf der Oberlausitzer Standesherrschaft Seidenberg-Reibersdorf zugeordnet wurde.

Durch Teilungen des Herrnsitzes der 1620 ausgestorbenen Familie von Weigsdorf und durch Neugründung von Dorfausbauten entstanden mehrere Rittergüter, Vorwerke und Dorfteile. Rittergüter bestanden seit dem 17. Jahrhundert in Mittelweigsdorf und in Niederweigsdorf. Dort teilte sich der Gutsbesitz in ein Obervorwerk (Oberhof) und ein Niedervorwerk (Niederhof). Die Familie von Gersdorff, Beitzer des 1610 abgetrennten Ritterguts Mittelweigsdorf, siedelte schlesische Glaubensflüchtlinge an und gründete 1666 den Dorfteil Neugersdorf. 1727 verkaufte Johanna Charlotte von Gersdorff den Besitz an ihren Gatten Johann Maximilian von Nüßler, der 1735 Maxdorf gründete. 1766 gelangten Mittelweigsdorf mit Neugersdorf und Maxdorf an Hauptmann Goldschmidt von Goldenberg, der 1767 das nördlich von Maxdorf gelegene Friedreich begründete. Caspar Heinrich von Minckwitz, Besitzer des Niedervorwerks in Niederweigsdorf, gründete 1770 nördlich der ehemals eigenständigen Ortschaft Dörfel das Dörfchen Neuminckwitz (auch Neuminkwitz, Minkwitz). Sein Besitz ging 1788 an die Grafen von Einsiedel über, die das Vorwerk ihrer Standesherrschaft Reibersdorf angliederten. Im 19. Jahrhundert setzte sich für diesen Dorfteil der Name Minkwitz durch.

18 Zur Ortsgeschichte von Weigsdorf vgl. Bötticher 1919 (wie Anm. 6), S. 465-468; Böhmer 2006 (wie Anm. 17), S. 45-46.



Blick auf die evangelische Kirche in Weigsdorf. Diese lag in einer sächsischen Exklave, die ringsum von böhmischem Gebiet umgeben war. Lithographie, um 1840
© Thilo Böhmer, Ostritz

Das Obervorwerk in Niederweigsdorf zählte zur Herrschaft Friedland und damit zum Königreich Böhmen. Hier wirkte sich die Gegenreformation soweit aus, dass der evangelische Grundherr Friedrich von Kalckreuth gezwungen wurde, die-

sen Besitz 1651 an den katholischen Offizier Hans Bernhard von Döbern zu verkaufen. Aus dessen Hand ging dieser Teil 1681 an die Grafen von Galas, später Clam-Gallas auf Friedland über. 1832 standen im böhmischen Anteil von Weigsdorf 66



Grenzverlauf in Weigsdorf. Die rosa unterlegten Flächen gehörten bis 1849 zu Sachsen. Im böhmischen Gebiet lagen fünf sächsische Exklaven. Die evangelischen Kirche stand auf dem südlichen Zipfel einer dieser Exklaven. Im sächsischen Gebiet befand sich eine böhmische Exklave. 1849 wurde dieser Grenzverlauf durch Gebietsabtretungen bereinigt. Dörfel und Minckwitz fielen an Böhmen.
© Thilo Böhmer/Matthias Donath

- 19 Christian August Müller: Sachsens Kirchen-Galerie. Bd. 14. Die Oberlausitz als besondere Abtheilung von Sachsens Kirchen-Galerie. Dresden 1840, S. 232-240.
- 20 Vgl. Müller 1850 (wie Anm. 19).
- 21 Julius Helbig: Gerlachsheim im Winkel. In: Neues Lausitzisches Magazin 74 (1898), S. 284-289; Anton Ressel: Zur Geschichte des Friedländer Lehngutes Gerlachsheim im Winkel. In: Mitteilungen des Vereins für Heimatkunde der Gerichtsbezirke Böhm.-Aicha, Friedland, Gablonz, Kratzau, Reichenberg, Rochlitz und Tannwald 1 (1907), S. 90-103.
- 22 Zur Besitzerfolge vgl. Moritz Käufer: Abriß der Geschichte des Dorfes Gerlachsheim im Laubaner Kreise der Oberlausitz mit einer kurzen einleitenden Uebersicht der ältesten Landesgeschichte. Görlitz 1847, S. 46-47; Julius Helbig: Regesten-Nachtrag zur Geschichte des Lehnsadels der Herrschaften Friedland und Seidenberg. In: Neues Lausitzisches Magazin 77 (1901), S. 146; Ressel 1907, S. 92-103; Boetticher 1919 (wie Anm. 6), S. 512-517.
- 23 Motive zum Oberlausitzischen Provinzialrechte. In: Jahrbücher für die Preussische Gesetzgebung, Rechtswissenschaft und Rechtsverwaltung 64 (1844), S. 132.
- 24 Eine Ortsgeschichte zu Günthersdorf fehlt.

Häuser mit 335 deutschsprachigen Einwohnern. Die sächsischen und böhmischen Anteile bildeten infolge der Besitzteilungen keine geschlossenen Territorien. Wie in Ullersdorf war die Gemarkung von länglichen, schmalen Flurstücken durchsetzt, die jeweils im Norden oder Süden an das umgebende böhmische Staatsgebiet oder an das sächsische Binnenland angebunden waren. Zudem gab es Exklaven und Enklaven. Die Häuser Neugersdorfs grenzten an eine böhmische Exklave, die vollständig von sächsischem Gebiet umgeben war. Umgekehrt bildeten die Häuser von Dörfel und Minkwitz eine sächsische Exklave im böhmischen Staatsgebiet. Der Pfarrer Christian August Bähr beschrieb die Situation in „Sachsens Kirchengalerie“ wie folgt: „Beide Länder sind hier dermaßen miteinander verschlungen, daß sächsische Grundstücke in Böhmen und böhmische Besitzungen in Sachsen liegen und das Enclavenwesen vielleicht auf keiner Stelle des Vaterlands so ausgebildet, wie hier, gefunden wird; indem selbst die Kirche mit der Schule, desgleichen die Pfarrer mit der Wiedemuth besondere Enclaven sind.“¹⁹ Die Einwohner aller Ortsteile gehörten zur evangelisch-lutherischen Pfarrkirche in Weigsdorf. Diese war zugleich Pfarrkirche für die böhmischen Ortschaften Wustung (Poustka), Friedlanz (Předlance) und Lautsche (Loučná). Die Kirche lag auf einem sächsischen Gebietsstreifen, der aber ringsum von böhmischen Flurstücken umgeben war. Ihre Zugehörigkeit zu Sachsen verhinderte die Durchsetzung der Gegenreformation. So blieben auch in Böhmisch-Weigsdorf und in Friedlanz zahlreiche Einwohner beim lutherischen Glauben, obwohl die Grafen Gallas in Friedland eine Rekatholisierung des gesamten Gebiets anstrebten und ihre Untertanen daran zu hindern suchten, den evangelischen Gottesdienst in Weigsdorf zu besuchen. 1840 hielten sich 159 Häuser im böhmischen Teil mit 926 Einwohnern zur Weigsdorfer Kirche. Die katholischen Bewohner nahmen an den Messen in der römisch-katholischen Dekanatskirche in Friedland teil. Die Weigsdorfer Kirche wurde als bewusstes evangelisches Glaubenszeichen im 18. und 19. Jahrhundert erweitert und ausgebaut.²⁰ Dabei befürchtete man immer wieder Behinderungen durch die böhmischen Behörden. So wurde die 1734 angeschaffte neue Kirchenglocke zunächst an der Grenze im Niederweigsdorfer Sandkretscham deponiert, weil man Bedenken hatte, ob man sie über böhmisches Gebiet sicher zur Kirche bringen können. Als 1745 die Kirche eine neue Orgel erhielt, wurden die Teile in der Nacht heimlich über böhmisches Gebiet auf dem Kirchhof gebracht und bewacht. Bis auf den Turm wurden die älteren Teile der Kirche 1802 abgebrochen und bis 1804 durch einen Neubau im barocken Stil ersetzt.

Wie in Ullersdorf erzwang der Beitritt Sachsens zum Deutschen Zollverein 1834 eine eindeutige Grenzregelung, über die man schon seit längerer Zeit verhandelt hatte. In Weigsdorf behinderte Zollgrenze die Einwohner jener sächsischen Gebietsteile, die vollständig von böhmischem Staatsgebiet umgeben waren, ganz erheblich. Der „Haupt-Gränz- und Territorial-Rezeß“ vom 5. März 1848 schuf eine klare Grenzlinie ohne En- und Exklaven. Zum 12. März 1849 wurden die Gebietsteile ausgetauscht, und zwar so, dass Niederweigsdorf, Minkwitz und Dörfel dem Königreich Böhmen angeschlossen wurden und fortan die Gemeinde Böhmisch-Weigsdorf bildeten. Alle westlich der neuen Grenze liegenden Flurteile gelangten unter sächsische Hoheit. Die evangelische Kirche kam zu Böhmisch-Weigsdorf, war aber durch ihre unmittelbare Lage an der neuen Grenze ungehindert von beiden Seiten zugänglich. Sie blieb Pfarrkirche der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens. Das Pfarrhaus stand auf sächsischer Seite und die Inhaber der Standesherrschaft Reibersdorf übten das Patronat fortan alleine aus. Wie in Ullersdorf änderte der Gebietstausch nichts an der kirchlichen Zugehörigkeit. Die Bewohner im böhmischen Teil, die sich zur evangelisch-lutherischen Konfession bekannten, blieben weiterhin Glieder der Kirchengemeinde Weigsdorf und damit auch der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsens.

Nach der Abtretung großer Teile der Oberlausitz an Preußen war Weigsdorf das östlichste Dorf Sachsens. Es gliederte sich in mehrere eigenständige Gemeinden. 1872 schlossen sich Mittelweigsdorf, Neugersdorf, Friedreich und Maxdorf zur Gemeinde Mittelweigsdorf zusammen. Am 13. April 1923 wurde der Zusammenschluss der bis dahin selbständigen Gemeinden Oberweigsdorf und Mittelweigsdorf zur Gemeinde Weigsdorf/Sachsen vollzogen. Die Gründung der Tschechoslowakei erschwerte das Zusammenleben der Bewohner in beiden Teilen von Weigsdorf, weil eine strikte Beachtung der Grenze durchgesetzt wurde. Weigsdorf erhielt allerdings keinen tschechischen Namen. Auch blieben die evangelischen Einwohner mit tschechoslowakischer Staatsbürgerschaft weiterhin Glieder der sächsischen Landeskirche.

1945 wurde die deutsche Bevölkerung aus dem sächsischen wie auch aus dem böhmischen Dorfteil vertrieben. Der sächsische Dorfteil erhielt von den polnischen Behörden den Namen Wigancice Żytawskie, für die Siedlung Friedreich und den isoliert liegenden Gutshof des Ritterguts Mittelweigsdorf wurde der Ortsname Wolanów vergeben. Der nunmehr tschechische Anteil wurde 1948 in Višňová umbenannt. Aus Minkwitz wurde Minkovice und aus Dörfel Víška. Die an der Grenze gelegene evangelische Kirche blieb unge-

nutzt und verfiel. 1999 wurde Wiganice Žytaws-
kie entsiedelt und devastiert, um hier Abraum der
Braunkohlengrube Turów ablagern zu können.
Somit bestehen heute nur die teilweise ruinöse
Kirche und die Häuser des Dorfteils Böhmisches
Weigsdorf (Višňová).

Niedergerlachsheim im Winkel

Gerlachsheim ist ein Dorf im östlichen, seit 1815
preußischen und seit 1945 polnischen Teil der
Oberlausitz. Die langgestreckte Dorflage südlich
von Marklissa gliedert sich in Ober-, Mittel- und
Niedergerlachsheim. Obergerlachsheim grenzte
an die böhmische Herrschaft Friedland. Zum Kö-
nigreich Böhmen gehörte auch ein Anteil des Nie-
derdorfes. Diese Exklave wurde Niedergerlachs-
heim im Winkel, Gerlachsheim im Winkel,
Niedergut Gerlachsheim, der Winkel, Winkelhof
oder Winkelgut genannt.²¹ Ursprünglich handelte
es sich um ein einzelnes Rittergut. Von diesem
waren aber Grundstücke abgetrennt worden, auf
denen weitere Häuser entstanden. Niederger-
lachsheim im Winkel war unter ungeklärten Um-
ständen, wohl im 15. Jahrhundert, unter die
Lehnshoheit der Herrschaft Friedland gelangt und
gehörte daher zum Königreich Böhmen, während
die übrigen Ortsteile keine Beziehung zu Fried-
land hatten und dem Markgraftum Oberlausitz
angehörten. Niedergerlachsheim im Winkel war
der evangelischen Pfarrkirche Gerlachsheim zu-
geordnet, die im Mitteldorf auf Oberlausitzer
Gebiet stand. Damit war hier eine Rekatholisie-
rung wie im benachbarten Böhmen nicht möglich.
Als Grenzdorf war Gerlachsheim vielmehr ein Zu-
fluchtsort für zahlreiche Glaubensflüchtlinge aus
Böhmen.

Niedergerlachsheim im Winkel stellte ein Afters-
lehen der Herrschaft Friedland dar. Das bedeutete,
dass die Herren auf Friedland das Gut an adlige
Vasallen verlehnten. Bis zum Ende des 16. Jahr-
hunderts saß hier die Familie von Uechtritz. Es
folgten die Familien von Nostitz und von Döb-
schütz. 1638 kaufte Hans Georg von Döbschütz das
„durch das Kriegsunwesen gänzlich verödete und
wüstgewordene“ Winkelgut. 1677 ging es an Adam
Karl von Oppeln über. 1701 wurde Hans Georg
von Ottenfeld mit dem Gut belehnt. Sein Erbe und
Besitznachfolger Josef Viktor von Ottenfeld ver-
schuldetete sich so, dass das Winkelgut 1781 an den
Grafen Christian Philipp von Clam-Gallas (1748–
1805) fiel und von diesem der Herrschaft Fried-
land angegliedert wurde. Er veräußerte das Lehn-
gut aber 1789 wieder an Johann Kaspar Prosche.
Seitdem hatte es – von einer Ausnahme abgesehen
– ausschließlich bürgerliche Besitzer.²²

1809 sollte Niedergerlachsheim im Winkel an
Sachsen gelangen, doch erfolgte keine formelle



Inbesitznahme. Auf dem Wiener Kongress wil-
ligte Österreich in eine Abtretung der Exklaven
an das Königreich Preußen ein. Im Paragraph 18
der Schlussakte vom 9. Juni 1815 werden „Nieder-
Gerlachsheim, Winkel et Ginkel avec leurs
territoires“ als abzutretende Gebiete aufgeführt.
Dabei ist bei der Benennung ein Fehler unterlau-
fen. In einer Abhandlung zum Oberlausitzer Pro-
vinzialrecht heißt es: „Schließlich ist noch zu be-
merken, daß die Kongreß-Schlussakte als be-
sondere Exklave die Orte Winkel und Ginkel auf-
führt. Diese Angabe beruht auf einem Irrthume,
da diese Orte gar nicht existieren. Der Name
Winkel ist blos der Beinahme der Ortschaft Nie-
der-Gerlachsheim, um dieselbe von einem an-
dern, in der Oberlausitz gelegenen Dorfe glei-
chen Namens zu unterscheiden. Ein Ort, Namens
Ginkel, kommt aber in jener Gegend gar nicht
vor.“²³ Am 10. Juni 1816 wurde die ehemals bö-
hmische Exklave einer preußischen Kommission
übergeben.

Das ehemals böhmische Niedergerlachsheim im
Winkel umfasste 1846 47 Häuser mit 242 Ein-
wohnern, während der ehemals sächsische An-
teil von Niedergerlachsheim mit 62 Häusern und
372 Einwohnern etwas größer war. 1939 hatte
Nieder Gerlachsheim (so die preußische Schreib-
weise) 419 Einwohner. Die Ortschaften Nieder,
Mittel und Ober Gerlachsheim blieben bis 1945
eigenständige Gemeinden. Nach dem Zweiten
Weltkrieg gelangte das Gebiet östlich der Neiße
an Polen, die deutsche Bevölkerung wurde ver-
trieben und das Winkelgut aufgelöst. Die heute
polnischen Ortschaften sind Ortsteile der Stadt-
und Landgemeinde Leśna (Marklissa).

Günthersdorf

Günthersdorf war der nördlichste Ort Böhmens.²⁴
Diese Besonderheit ist weitgehend aus der histori-

Herrenhaus Niedergerlachsheim
im Winkel, früher auch
„Winkelschloss“ genannt.
Das heute vorhandene Gebäude
ist gegen Ende des 19. Jahr-
hunderts errichtet worden, als
die ehemalige böhmische Exklave
längst zu Preußen gehörte.
© Wikimedia (SchiDD)



Katholische Pfarrkirche in
Günthersdorf
© Eckhard Huth

schen Erinnerung Tschechiens wie auch der Oberlausitz verschwunden. Das Dorf liegt in der östlichen, heute polnischen Oberlausitz etwa 25 Kilometer nördlich der böhmischen Grenze in einer eher kargen Heidelandschaft, die zur dicht bewaldeten Görlitzer Kommunalheide überleitet. Die nächsten Städte sind Lauban (Lubań) und Naumburg am Queis (Nowogrodziec). Seit 1816 ist Günthersdorf dem Kreis Bunzlau (Boleslawiec) zugeordnet, der Gebietsteile Schlesiens wie auch der Oberlausitz umfasst.

Das Heidedorf war ehemals im Besitz der Herren von Penzig. 1409 gelangte es an die Herren von Bieberstein. Damit wurde es Teil der Herrschaft Friedland-Seidenberg. Allerdings wurde Günthersdorf nicht dem Oberlausitzer Teil dieser Herrschaft zugerechnet, Seidenberg, sondern der böhmischen Herrschaft Friedland, so dass seit mindestens dem 16. Jahrhundert von einer unbestrittenen Zugehörigkeit zum Königreich Böhmen auszugehen ist. Günthersdorf war – wie Niedergerlachsheim im Winkel – ein Afterlehen, das die Besitzer der Herrschaft Friedland verlehnten.²⁵ 1650 gelangte das Lehngut an Gottlob Ernst von Gersdorff, der aber 1667 kinderlos starb. Damit fiel Günthersdorf als erledigtes Lehen an Franz Ferdinand Graf von Gallas (1645–1697) auf Friedland, der es an den 1665 geadelten Ferdinand Röhrich von Kleinberg verlehnte. Seine Nachfahren versuchten, die Lehnshoheit der Herrschaft Friedland abzuwerfen, und klagten. Allerdings verloren sie 1720 den Prozess.

Anna Magdalena von Weickardt, die Priorin des Magdalenerinnenklosters in Lauban, hatte durch eine Erbschaft 8.000 Gulden erhalten, die ihrem Kloster zufielen. Mit diesem Geld konnte das Klosterstift mit Kaufvertrag vom 3. Mai 1736 das Lehngut Günthersdorf von Johann Jacob Röhrich von Kleinberg erwerben.²⁶ Der Kauf konnte allerdings erst vollzogen werden, nach-

dem Kaiser Karl VI. (1685–1640) am 12. Februar 1738 seine Zustimmung gegeben und der Vizepropst Johann Jakob Josef Wosky (1692–1771) in Prag den Treueid abgelegt hatten. Da Günthersdorf zum Königreich Böhmen gehörte, verpflichteten sich Priorin und Konvent, in diesem Ort das böhmische Recht anzuerkennen.

Mit dem Erwerb von Günthersdorf gelang dem Nonnenkloster eine vorteilhafte Besitzerweiterung. Günthersdorf wurde das fünfte Klosterdorf (Stiftsdorf) nach Wünschendorf (Radogoszcz), Kerzdorf (Księginki), Hennersdorf (auch Katholisch Hennersdorf, Henryków Lubański) und Pfaffendorf (Rudzica) und trug mit seinen Einkünften maßgeblich zur Finanzierung des Klosters bei. Die an ihre Klausur gebundenen Nonnen hielten sich allerdings nie in Günthersdorf auf. Zur Verwaltung des herrschaftlichen Hofes in Günthersdorf waren Beamte eingesetzt; zeitweise war das Klostergut auch verpachtet.

Der Verkauf an das Magdalenerinnenkloster in Lauban hatte wohl auch den Hintergrund, dass die böhmischen Behörden eine Absicherung der römisch-katholischen Konfession dieser Exklave anstrebten. In Günthersdorf bestand eine Pfarrkirche, in der seit Einführung der Reformation evangelischer Gottesdienst gehalten worden war. Im 17. Jahrhundert wurde die Kirche rekatholisiert, doch gab es vor Ort keinen katholischen Pfarrer, weshalb die Pfarrei als „verwaist“ galt. Der Ort wurde von der katholischen Pfarrei in Hennersdorf mit betreut. Nach dem Erwerb Günthersdorfs stiftete die Priorin Maria Elisabeth Faulhaber ein Kapital zur dauerhaften Besoldung eines Geistlichen. Von den Zinsen erhielt der zweite Kaplan in Hennersdorf, der in Günthersdorf die Messen zu halten hatte, sein Gehalt. Nachdem 1764 die eigenständige Pfarrei Günthersdorf gegründet worden war, dienten die Erträge dieser Stiftung zum Bau und Unterhalt eines Pfarrhauses. Die Einrichtung der Pfarrei trug wesentlich dazu bei, dass Günthersdorf – ähnlich wie Pfaffendorf und Hennersdorf – zu einer römisch-katholischen Insel inmitten des überwiegend lutherischen Gebietes um Lauban wurde.

Zu Günthersdorf gehörten die Dorfausbauten Taubentränke und Neukretscham. Diese fanden in der Schlussakte des Wiener Kongresses vom 9. Juni 1815 Erwähnung. In Paragraph 18 werden „Guntersdorf, Taubentraenke, Neukretschen“ als Orte genannt, die von Österreich an das Königreich Preußen abzutreten waren. Die feierliche Übergabe an die preußische Kommission erfolgte am 9. Juli 1816.

Im Ortsbild des heute polnischen Godzieszów erinnert kaum etwas an die böhmische Vergangenheit. Die katholische Kirche wurde 1832/33, und damit bereits in preußischer Zeit, neu erbaut.

25 Angaben zur Besitzgeschichte in: Hermann Knothe: Geschichte des Oberlausitzer Adels und seiner Güter. Leipzig 1879, S. 641; Paul Skobel: Das Jungfräuliche Klosterstift zur Heiligen Maria Magdalena von der Buße zu Lauban in Schlesien von 1320–1821. Stuttgart/Aalen 1969, S. 349, Anm. 150.

26 Skobel 1969 (wie Anm. 25), S. 271.

Autor

Dr. Matthias Donath
Herausgeber der „Sächsischen Heimatblätter“